

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Melanie Bratzke
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Beigeordneter Michael Veh

Mitglied Gruppe Grüne/WBV/Piraten

Beigeordneter Stefan Becker
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Rainer Büscher
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied BASU-Fraktion

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied FW-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Fachbereichsleitung Jugend Carsten Feist

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Gäste

Hans-Henning von Dincklage – Leiter der Polizeiinspektion Wilhelmshaven-Friesland
Markus Wallenhorst – Polizeiinspektion Wilhelmshaven-Friesland, Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

Es fehlte entschuldigt

Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Christine Will

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde ab Seite 7

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

4	Informationen zur Videoüberwachung im Stadtgebiet	
5	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
6.1	Ehrenamtliche Richterinnen und Richter am Obergericht Lüneburg	361/2011
6.2	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKG durch den Rat	2/2012
6.3	Genehmigung einer Dienstreise: "15. Niedersächsisches Grünkohlessen"	25/2012
7.1.1	Beschluss der Spielraumplanung 2011 - 2016	193/2011
7.2.1	Bebauungsplan Nr. 149 - Nordhafen neu - Aufstellungsbeschluss	23/2012
8	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss rief die Ratsvorsitzende zu einer Schweigeminute zum Gedenken an den am 02.01.2012 im Alter von 66 Jahren verstorbenen ehemaligen Ratsherrn Carsten Dietz auf.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Aktuelle Stunde

Zur „aktuellen Stunde“ lagen keine Beratungspunkte vor.

4 Informationen zur Videoüberwachung im Stadtgebiet

Der Leiter der Polizeiinspektion Wilhelmshaven-Friesland, **Herr Hans-Henning von Dincklage**, stellte anhand einer Präsentation die Planungen zur Videoüberwachung in der Innenstadt vor.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Dr. von Teichman, Büscher, Oberbürgermeister Wagner, Sokolowski, von den Berg, Hellwig, Tjaden, Hammadi** und **von Dincklage** sowie **Frau Janssen**.

Dabei bestand einerseits die Auffassung, mit einer Videoüberwachung würden die Straftaten nicht vermieden, sondern nur auf andere Gebiete ohne Kameras verlagert. Um Straftaten effektiv entgegenzuwirken, sei vielmehr eine stärkere Polizeipräsenz erforderlich. Das Anbringen von Kameras bedeute einen zu hohen Aufwand für eine eher geringe Ausbeute. Zudem werde die Videografie vielfach als Eingriff in den persönlichen Lebensbereich der Passanten empfunden.

Dem wurde entgegen gehalten, durch das Bewusstsein über das Vorhandensein von Kameras könne es sehr wohl zu einem Rückgang von Straftaten kommen, nicht zuletzt auch zu deren Verhinderung. Es gebe bereits Modellversuche, bei denen der Einsatz von Kameras zu einer Entschärfung von Kriminalitätsschwerpunkten geführt habe. Letztlich gehe es in dem vorgestellten Konzept nicht allein um Videografie, sondern um diverse weitere Möglichkeiten zur Verhinderung bzw. Verminderung von Straftaten.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Beratungsbedarf.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)6.1 Ehrenamtliche Richterinnen und Richter am Oberverwaltungsgericht Lüneburg **361/2011**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.01.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Als ehrenamtliche Richterinnen und Richter am Oberverwaltungsgericht Lüneburg werden vorgeschlagen:

CDU-Fraktion (1 Vorschlag): SPD-Fraktion (1 Vorschlag):

Herr Ewald Peters

Herr Volker Block

6.2 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG **2/2012**
durch den Rat

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.01.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme folgender Geldspenden:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Sparkasse Wilhelmshaven	4.000,00 €	Unterstützung des Weihnachtskonzertes für die Senioren der Altenhilfe der Stadt Wilhelmshaven
2. Werner-Brune-Stiftung Wilhelmshaven/ Bad Lauterberg	17.200,00 €	Bereitstellung von Mitteln für die Beschaffung von Lektüre für den Altenhilfe-Besuchsdienst
3. Werner-Brune-Stiftung Wilhelmshaven/ Bad Lauterberg	5.000,00 €	Für den Altenhilfe-Besuchsdienst der Stadt Wilhelmshaven

6.3 Genehmigung einer Dienstreise: "15. Niedersächsisches Grünkohlessen" **25/2012**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.01.2012 vor.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Tjaden** erläuterte **Oberbürgermeister Wagner** kurz die Ziele der Veranstaltung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt der Dienstreise folgender Personen nach Brüssel sowie der Übernahme der dafür anfallenden Kosten zu:

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Beigeordneter Stephan Hellwig

Beigeordneter Karlheinz Föhlinger

Beigeordneter Werner Biehl

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat7.1 Jugendhilfeausschuss (Ratsfrau Klee)7.1.1 Beschluss der Spielraumplanung 2011 - 2016**193/2011**

Frau Klee trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 11.01.2012 vor.

Nachdem **Frau Kolbe** die Ergebnisse des Konzeptes zusammengefasst und die Zustimmung der SPD-Fraktion signalisiert hatte, erklärte **Herr Sokolowski**, die Grünen würden ebenfalls zustimmen. Sie gäben jedoch zu bedenken, dass die Platzierung neuer Spielflächen, besonders in der Südstadt, gut bedacht werden müsse. Auch die Veräußerung nicht mehr benötigter Spielplätze sei eine gute Idee, doch dürfe hier nicht außer Acht gelassen werden, dass sich einige Flächen aufgrund ihrer Lage oder Größe nicht gut vermarkten ließen. Letztlich wolle er auf die Freizeit- und Spielräume von stadtweiter Bedeutung, wie den Abenteuerspielplatz oder den Störtebeker-Park, aufmerksam machen. Diese Einrichtungen müsse die Stadt unbedingt weiterhin unterstützen, auch wenn diese nicht mehr von der Stadt selbst unterhalten würden.

Frau Gastmann hob ebenfalls die Bedeutung der Spielraumplanung hervor. Im Konzept seien die Bedürfnisse von Kindern und Senioren sehr gut bedacht worden, doch dürften die Belange der Jugendlichen nicht außer Acht gelassen werden.

Sie wolle abschließend an die Bewohner von Spielplätzen appellieren, diese Einrichtungen als Orte für spielende Kinder wie auch die dazugehörige Geräuscentwicklung zu akzeptieren.

Herr Dr. von Teichman stimmte den Ausführungen von Frau Gastmann zu.

Auch sei es ein richtiger Schritt, die nicht mehr benötigten Spielflächen aufzugeben. Das vorgestellte Konzept gebe einen sehr guten Überblick, daher wolle er die hier geleistete Arbeit lobend erwähnen. Es sei jedoch mindestens genauso wichtig, die Ausarbeitung mit Leben zu füllen und entsprechend in die Tat umzusetzen.

Herr Stoffers sicherte die Umsetzung des Konzeptes zu. Bezüglich der beiden von Herrn Sokolowski erwähnten Spielplätze führte er aus, dass der Störtebeker-Park von der „BeKA“ betrieben und von der Stadt seit vielen Jahren finanziell, wie auch durch sonstige Maßnahmen unterstützt werde. Der Abenteuer-Spielplatz stehe unter der Trägerschaft eines gemeinnützigen Verein, der durch die Stadt mit einem Finanzierungskonzept unterstützt werde.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Das Konzept „Spielraumplanung 2011 – 2016“ wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

7.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)**7.2.1 Bebauungsplan Nr. 149 - Nordhafen neu - Aufstellungsbeschluss 23/2012**

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 16.01.2012 vor.

Herr Dr. von Teichman begrüßte die Beschlussvorlage und sah damit seine Forderung nach kurzfristiger Bereitstellung von Flächen für Windenergie bestätigt.

Herr Tjaden verlieh seiner Skepsis gegenüber den Ausmaßen der geplanten Halle Ausdruck. Er befürchte, das Grundstück sei nicht ausreichend dimensioniert für ein derart großes Bauwerk. Besonders hinsichtlich der verbleibenden Fläche für die Anbindung an das Nordgleis sowie die für die Trasse zur Hafentorbrücke sehe er Probleme.

Oberbürgermeister Wagner hielt dem entgegen, es handele sich nicht um einen Bauantrag für eine Halle, sondern um den Aufstellungsbeschluss zu einem Bebauungsplan. Die Details würden zu einem späteren Zeitpunkt geklärt. Da aber auf dem geplanten Baugrund Verkehrsflächen lägen, die nicht bebaut werden dürften, müsse der gesamte Bebauungsplan angepasst werden.

Nachdem er die Notwendigkeit dieser kurzfristigen Entscheidung begründet hatte, appellierte Oberbürgermeister Wagner, die sich hieraus bietenden Vorteile für die Stadt zu nutzen.

Herr Hellwig betonte die große Wichtigkeit der Förderung hafenaffiner Wirtschaft für die Stadt. Daher sei es nur, auch die Offshore-Industrie bei einer Ansiedlung in Wilhelmshaven zu unterstützen. Die CDU-Fraktion werde daher der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Schmidt erklärte, im Rahmen des Aufstellungsbeschlusses seien noch keine klaren Aussagen möglich. Hier gehe es vielmehr darum, dem Investor schnellstmöglich ein entsprechendes Signal zu übermitteln. Er mache jedoch auch auf die Bedeutung der dafür erforderlichen Anpassung der Verkehrsführung aufmerksam. Dieser Beschluss sei immens wichtig für die Stadt, daher werde auch die SPD-Fraktion zustimmen.

Herr Tjaden erinnerte daran, dass er seit langem der Ansiedlung von Offshore-Technik positiv gegenüber stehe. Somit stelle der heutige Aufstellungsbeschluss einen vielleicht späten, aber genau richtigen Schritt dar. Auch wenn es sich vorerst um einen Aufstellungsbeschluss handele, sei es bereits an dieser Stelle wichtig, so weit wie möglich in die Zukunft zu denken. Er bedaure aber, dass dieses Thema in der Vergangenheit regelmäßig blockiert worden sei.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass es bereits zahlreiche Interessenten für entsprechende Industrieflächen gebe. Sobald aktuelle Ergebnisse vorlägen, werde die Verwaltung den Rat umgehend informieren. Hier bitte er den Rat, mehr Vertrauen in die Arbeit der Verwaltung zu legen.

Herr Sokolowski zeigte sich erfreut, dass die Stadt beginne, „grün“ zu denken. Daher werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Vorhaben ebenfalls unterstützen. Es stelle sich ihm jedoch die Frage, warum nicht die Flächen des Hafengrodens aufgrund der größeren Ausdehnung für eine solche Ansiedlung genutzt würden.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, es seien für diese Art der Offshore-Technik tideunabhängige Flächen erforderlich mit der Möglichkeit, eine Schwerlastkaje zu errichten. Diese Voraussetzungen fänden sich lediglich im Nordhafen.

Herr Harms warf ein, die Hafentorbrücke werde erforderlich, wenn sich Gewerbe auf der Schleuseninsel angesiedelt habe. Mit dem Bau solle somit abgewartet werden, bis ein tatsächlicher Bedarf entstehe.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 149** – Nordhafen neu - gem. Vorlage. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es bestand kein Beratungsbedarf.

B Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Frau Kruse-Janssen trug folgende Anfrage vor:

„Warum hat die Stadt Wilhelmshaven dem Fällen der Bäume auf dem Grundstück der „Schule Neuende“ zugestimmt?

Es wurden vor dem 21.12.2011 mehrere (mindestens 6) Bäume gefällt, die unter die Baumschutzsatzung fallen, die größten mit einem Umfang in 1 Meter Höhe von mindestens 2 Metern.

- a) Lagen der Stadt Wilhelmshaven genauere Planungen des Investors vor, die die Fällung zwingend erforderlich machten? Wenn ja, wie sehen diese Pläne aus?
- b) Sind diese Planungen mit dem bestehenden Bebauungsplan realisierbar ?
- c) Sind den Ratsvertretern die genauen Planungen des Investors bekannt ?

Auf dem Gelände befindet sich in einem Bunker ein Winterquartier von Fledermäusen. Die Fällungen fanden unmittelbar neben diesem Bunker statt.

- d) Ist der Stadt Wilhelmshaven bekannt, dass , entgegen von Behauptungen von Vertretern der Stadt, dies die ungünstigste Zeit ist, um die Fledermäuse zu stören.?

Durch Geräusche, Licht und Erschütterungen kann der Aufwachvorgang eingeleitet werden. Der erhöhte Energieaufwand als Folge des zusätzlichen, schnellen Aufwachens kann das Überleben der Tiere gefährden.“

Herr Kottek beantwortete die Frage wie folgt:

„Warum hat die Stadt der Fällung der Bäume zugestimmt?

Auf dem Gelände der ehemaligen Schule Neuende wird das Schulgebäude umgebaut bzw. saniert, weitere Gebäude werden abgerissen. Aufgrund der unmittelbaren räumlichen Nähe der Bäume zu den Abrissarbeiten sowie zum Umbau- und Sanierungsbedürftigen Gebäude ist ein Eingriff in den Wurzelbereich der dort stehenden großen Bäume unvermeidbar, was mit einer dauerhaften Schädigung der Bäume verbunden ist. Die Bäume in diesem Bereich waren

dauerhaft nicht zu erhalten.

zu a.) Lagen der Stadt Wilhelmshaven genauere Planungen des Investors vor, die die Fällung der Bäume zwingend erforderlich machten? Wenn ja, wie sehen diese Pläne aus?

Baumfällungen sind auf der Grundlage der Baumschutzsatzung zu genehmigen. Hier stehen sie in Zusammenhang mit den Abrissarbeiten. Abrissarbeiten sind gem. §69 NBauO genehmigungsfrei, ebenso wie Instandhaltungsmaßnahmen.

zu b.) Sind diese Planungen mit dem bestehenden Bebauungsplan realisierbar?

Für die geplante neue Nutzung als Wohnbaufläche ist eine Bebauungsplanänderung erforderlich, die am 21.09.2011 mit dem Aufstellungsbeschluss durch den Rat der Stadt Wilhelmshaven eingeleitet wurde. Es ist vorgesehen, den Bebauungsplan Nr. 38/2. Änderung VEP 018 NEUENDE in der Ratssitzung im Februar zum Entwurfsbeschluss vorzulegen und anschließend öffentlich auszulegen.

zu c.) Sind den Ratsvertretern die genauen Planungen des Investors bekannt?

In dem o.g. Aufstellungsbeschluss sind die Ziele der Planung aufgeführt worden, ebenso wie der geplanten baulichen Veränderung am ehemaligen Schulgebäude. Vor einer Entwurfserstellung steht jedoch immer eine Grundlagenermittlung mit einigen Vorarbeiten, die in die Planunterlagen zum Bebauungsplan einzustellen sind. Hier war es insbesondere eine Fledermausuntersuchung, die sich vom September bis November hinzog. Auf dieser Grundlage konnte erst ein Bebauungsentwurf erstellt werden, da die Flugbewegungen und -schneisen in der Planung zu berücksichtigen sind. Die Begründung zum Bebauungsplan enthält Informationen hierzu. Auch werden die Planungen des Investors bezüglich des Schulgebäudes in dem „Vorhabensteil“ des Bebauungsplanes eingestellt.

Zu d.) Ist der Stadt bekannt, dass, entgegen von Behauptungen von Vertretern der Stadt, dies die ungünstigste Zeit ist, um die Fledermäuse zu stören?

Die untere Naturschutzbehörde (UNB) ist von Beginn der Verhandlungen, zum Verkauf und zur Bebauung des Geländes mit einbezogen, ebenso der Naturschutzbeauftragte der Stadt und der Fledermausbeauftragte des Landes Niedersachsen.

Die UNB hat die artenschutzrechtliche Koordinierung übernommen.

Im Rahmen der Bauleitplanung wurde für die Erstellung einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (§§ 44f BNatSchG) ein Fachgutachter beauftragt. Für das gesamte Plangebiet hat von September bis November 2011 eine Erfassung der Fledermausfauna einschließlich ihres Verhaltens im betroffenen Gelände stattgefunden.

Aus artenschutzrechtlichen Gründen wurde die Entfernung der Bäume auf die Zeit vom 12. bis 31.12.2011 festgesetzt, da zu diesem Zeitraum keine ausgeprägten Flugaktivitäten mehr stattfinden und die Tiere im „Tiefschlaf“ sind und evtl. Störungen von ihnen nicht wahrgenommen werden. Vor dem Winterschlaf schwärmen die Fledermäuse vor ihrem potentiellen Quartier, bzw. zeigen/erkunden mit den Jungtieren das Quartier. Störungen in dieser Zeit hätten zur Folge, dass das Quartier nicht angenommen wird.

Gem. § 39 BNatSchG hätte die Entfernung der Bäume bis zum 29.02.2012 (Beginn der Brut- und Setzzeit) erfolgen dürfen. Dieser späte Zeitraum hätte für die dann in der Aufwachphase befindlichen Fledermäuse negative Folgen gehabt.

Die jährliche Kontrolle der Winterquartiere durch die o.g. Beauftragten hat eine Zunahme der Tiere im Quartier Bunker Neuende ergeben.

2010/2011 insg. 34 Tiere (20 Wasser-, 12 Fransen-, und 2 Langohrfledermäuse)
2011/2012 insg. 37 Tiere (18 Wasser-, 18 Fransen-, und 1 Langohrfledermaus).“

Herr Martin erkundigte sich nach der Möglichkeit der Bereitstellung eines Gewerbe- und Industrieflächenkatasters.

Oberbürgermeister Wagner verwies dazu auf die Internetseiten der WFG, wo alle freien Gewerbeflächen aufgelistet seien.

Fragen zur Tagesordnung des soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 des Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin